

MONITOR

WAHL- UND SOZIALFORSCHUNG

Welchen Nachrichten kann man noch trauen?

Angst vor Desinformation und Vertrauen in öffentlich-rechtliche Medien – repräsentative Umfragen

Dominik Hirndorf, Jochen Roose

- › Die Angst vor der Verbreitung von Desinformation über die Medien oder das Internet ist weit verbreitet und hat seit 2021 leicht zugenommen.
- › Im Vergleich von Entwicklungen, die in der Gesellschaft Angst auslösen könnten, gehört die Angst vor Desinformation zu den bedeutenderen.
- › Die Angst vor Desinformation ist weitgehend gleich verteilt in der Bevölkerung. Zwischen Ost- und Westdeutschland, Männern und Frauen, Parteianhängerschaften, Jüngeren und Älteren sowie Menschen mit einem hohen oder niedrigen formalen Bildungsabschluss gibt es nur (sehr) geringe Unterschiede.
- › Eine Mehrheit vertraut den öffentlich-rechtlichen Medien und hält ihre politischen Nachrichten für glaubwürdig. Allerdings ist die wahrgenommene Glaubwürdigkeit seit 2019/2020 leicht gesunken, insbesondere in Ostdeutschland.
- › Angst vor der Verbreitung von Desinformation entsteht aus zwei gegensätzlichen Richtungen. Ein Großteil vertraut den öffentlich-rechtlichen Medien und sieht eine Bedrohung in der Verbreitung widersprechender Falschinformationen. Ein kleinerer Teil misstraut den öffentlich-rechtlichen Medien und hält ihre Nachrichten für Fake News.

Inhaltsverzeichnis

Desinformation – eine Bedrohung	2
Die Umfragen	3
Angst vor Desinformation	4
Vertrauen in öffentlich-rechtliche Medien	8
Wurzeln der Angst vor der Verbreitung von Desinformation	16
Fazit	20
Literatur	21
Impressum	23
Die Autoren	23

Desinformation – eine Bedrohung

Demokratien leben nicht nur von der Beteiligung der Menschen, sondern mindestens genauso von der Debatte, der Auseinandersetzung über politische Positionen und Lösungen. Neben den Einstellungen, Meinungen und Werten sind Fakten für Diskussionen von großer Bedeutung. Wie ist die Situation? Welche Handlungsoptionen stehen zur Verfügung? Für die politische Auseinandersetzung sind dies entscheidende Fragen.

Desinformation ist die bewusste Verbreitung von falschen Informationen. Etwas wird frei erfunden, manipuliert, bewusst falsch verstanden oder verfälschend aus dem Kontext gerissen und dann verbreitet mit dem Ziel, die öffentliche Meinung zu beeinflussen (Wolter 2020: 2). Verschiedentlich wird Desinformation auch als Fake News bezeichnet.¹

Die Verbreitung bewusst verfälschter Informationen ist für Demokratien keineswegs nur lästig (Schmid 2021). Vielmehr kann die Verbreitung von Desinformationen politische Debatten gezielt in die Irre führen. Die Online-Medien haben dafür neue und vor allem einfachere Möglichkeiten geschaffen. Mit der Weitersendung von Beiträgen in sozialen Netzwerken können sich manipulierte Darstellungen weit verbreiten und so zu vielfacher Falschinformation beitragen.

Die Sorge um verfälschte Informationen und eine Irreführung der Bevölkerung hat eine lange Geschichte. In Reaktion auf die Erfahrungen mit der Propaganda der Nationalsozialisten wurde in der jungen Bundesrepublik ein öffentlicher Rundfunk eingerichtet. Die (auch) durch Rundfunkbeiträge finanzierten Sender sollen mit reduzierten ökonomischen Abhängigkeiten dem Publikum ausgewogene Informationen, insbesondere politische Informationen, zur Verfügung stellen.

Ein Schlüssel für die Informationsleistung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist das Vertrauen in die Qualität seiner Berichterstattung (Wolter 2022). Verschiedene Rundfunkräte, die sich aus

Repräsentantinnen und Repräsentanten der gesellschaftlich wichtigen Gruppen zusammensetzen, sollen die Qualität und Vielfalt der Programme gewährleisten. Doch ob dies ausreicht, um Vertrauen zu gewinnen und zu erhalten, ist eine zunehmend wichtige Frage.

Mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat die Frage nach Desinformation noch einmal an Bedeutung gewonnen. Russland und andere autoritär regierte Länder versuchen schon länger, durch Manipulation die öffentliche Meinung in Deutschland zu ihren Gunsten zu beeinflussen und die deutsche Demokratie zu destabilisieren. Diese Aktivitäten haben von russischer Seite mit dem Angriffskrieg auf die Ukraine noch einmal zugenommen (Bundesministerium des Innern und für Heimat 2022: 5).

In repräsentativen Umfragen hat die Konrad-Adenauer-Stiftung untersucht, in welchem Maße Menschen Angst vor der Verbreitung von Desinformation haben und ob sie den öffentlich-rechtlichen Medien vertrauen. Insbesondere werfen wir einen Blick auf mögliche Veränderungen bei der Wahrnehmung des Problems von Desinformation und dem Vertrauen in öffentlich-rechtliche Medien mit dem russischen Angriff auf die Ukraine.

Die Umfragen

Zwei aktuelle Umfragen der Konrad-Adenauer-Stiftung vom Jahreswechsel 2021/22 und dem Jahreswechsel 2022/23 gehen in diese Analyse ein. Vom 27. Oktober 2022 bis 16. Januar 2023 befragte das Meinungsforschungsinstitut Infratest dimap im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung insgesamt 4.247 Personen (Umfrage 1035). Davon gingen für diese Studie 4.187 Fälle in die Auswertung der deutschsprachigen Wahlberechtigten ein.² Die Personen wurden über zufällig generierte Telefonnummern (50 Prozent Festnetz/50 Prozent Mobilfunk) kontaktiert und telefonisch befragt.³ Da für weitere Themen der Umfrage die Unterschiede zwischen verschiedenen Altersgruppen relevant sind, ist die Auswahl nach Altersgruppen quotiert. Für die Auswertung sind die Daten entsprechend gewichtet, um die Überrepräsentation von Altersgruppen, unterschiedliche Auswahlwahrscheinlichkeiten und Verschiebungen bei sozialstrukturellen Merkmalen auszugleichen. Die Ergebnisse sind repräsentativ für die deutschsprachige, bei einer Bundestagswahl wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland.

Um Veränderungen infolge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine einschätzen zu können und die beiden Phänomene, Angst vor Desinformation und Vertrauen in öffentlich-rechtliche Medien, näher ausleuchten zu können, ziehen wir eine zweite Umfrage heran (Umfrage 1032). Vom 1. Dezember 2021 bis 11. April 2022 befragte das Markt- und Meinungsforschungsinstitut USUMA im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung insgesamt 5.511 Personen telefonisch. Davon gingen 5.027 Fälle als wahlberechtigte Personen in die Auswertung ein.⁴ Die angerufenen Telefonnummern sind ebenfalls zufällig generiert, je 50 Prozent Festnetz- und Mobilnummern. Der Befragungszeitraum schließt den Beginn des Krieges am 24. Februar 2022 ein. 3.875 Befragte wurden vor dem 24. Februar 2022 befragt, 1.152 nach dem Kriegsbeginn. In der Stichprobensziehung sind für andere interessierende Fragen Menschen bis 20 Jahre und Menschen muslimischen Glaubens häufiger vertreten. Für die Auswertung werden die Daten gewichtet, um die Überrepräsentation dieser Gruppen, unterschiedliche Auswahlwahrscheinlichkeiten und Verschiebungen nach sozialstrukturellen Merkmalen auszugleichen. Damit sind die gewichteten Auswertungen repräsentativ für die deutschsprachige, bei einer Bundestagswahl wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland.

Zusätzlich werden drei ältere Umfragen der Konrad-Adenauer-Stiftung genutzt, die ebenfalls repräsentativ für die deutschsprachige, bei einer Bundestagswahl wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland sind und deren methodische Details in anderen Publikationen zu finden sind: die Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung zu äußerer Sicherheit von Anfang 2020 (Pokorny 2021: 7) sowie die Umfragen 1021 und 1023 der Konrad-Adenauer-Stiftung von 2019/20 bzw. Herbst 2020 (Roose 2021: 143).

In allen Befragungen erstellt die Konrad-Adenauer-Stiftung die Fragebögen und analysiert die Daten.

Angst vor Desinformation

Angst vor der Verbreitung falscher Informationen über die Medien oder das Internet ist weit verbreitet. Ein Viertel der Wahlberechtigten in Deutschland hat sehr große Angst vor der Verbreitung falscher Informationen und den möglichen Folgen, die dies für Politik und Gesellschaft haben kann. Weitere 39 Prozent haben große Angst. Lediglich ein gutes Drittel hat vor der Verbreitung falscher Informationen nicht so große oder keine Angst.

Abbildung 1: Angst vor Verbreitung von Desinformation



Quelle: Umfrage 1035 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2022/2023. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

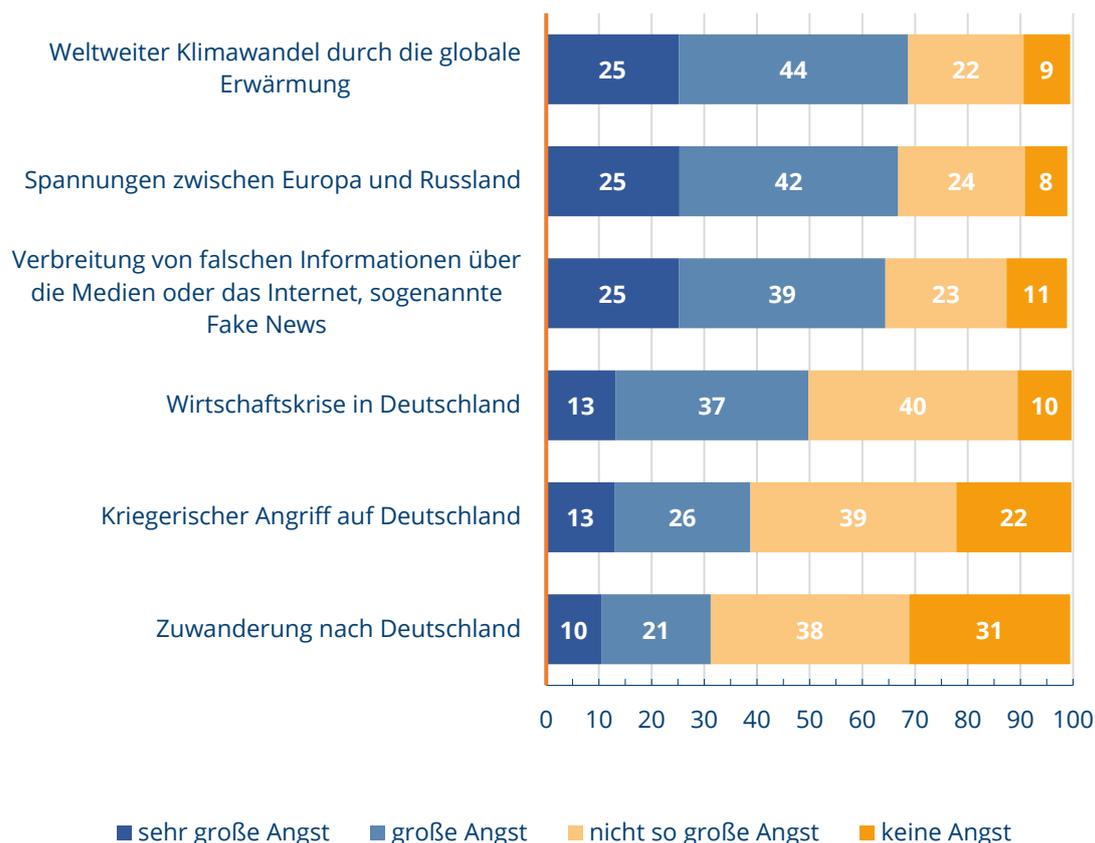
Frage: „Geben Sie bitte nun zu den folgenden Dingen an, ob Ihnen diese sehr große, große Angst, nicht so große oder keine Angst machen.“

Im Vergleich von Entwicklungen, die in der Gesellschaft Besorgnis oder Angst auslösen könnten, gehört die Angst vor Desinformation zu den bedeutenderen. Im Vergleich verschiedener Probleme ist die Angst vor dem weltweiten Klimawandel am stärksten, gefolgt von der Angst vor Spannungen zwischen Europa und Russland.

An dritter Stelle der verglichenen Probleme liegt die Verbreitung von falschen Informationen. Allerdings ist das Niveau der Ängste bei allen drei Themen sehr ähnlich. Der Anteil von Wahlberechtigten mit sehr großer Angst liegt für alle drei Themen bei 25 Prozent, der Anteil mit großer Angst bei 39 bis 44 Prozent.

Die Angst vor einer Wirtschaftskrise in Deutschland ist dagegen geringer. 13 Prozent haben davor sehr große Angst, weitere 37 Prozent große Angst. Ein möglicher kriegerischer Angriff auf Deutschland oder die Zuwanderung nach Deutschland ängstigt deutlich weniger. 13 bzw. 10 Prozent haben sehr große Angst, weitere 26 bzw. 21 Prozent große Angst. Während diese Themen weniger Ängste auslösen, gehört die Verbreitung von Desinformation zu den Themen, die viele Menschen beunruhigen.

Abbildung 2: Ängste vor Bedrohungen im Vergleich⁵



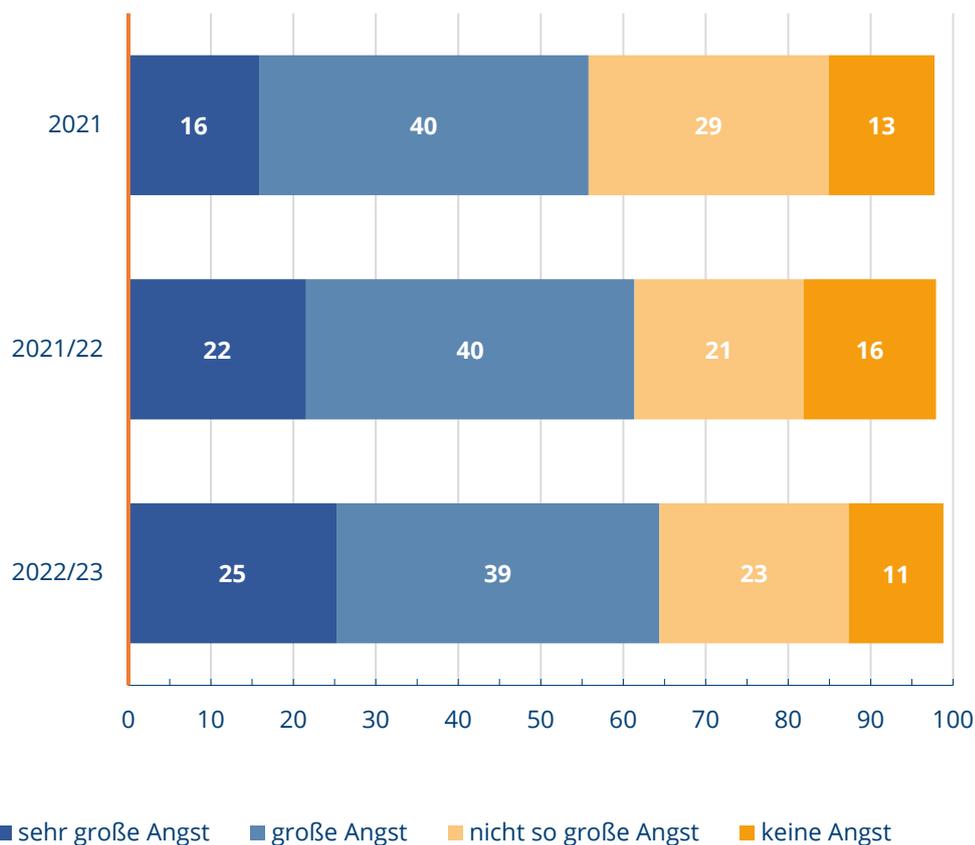
Quelle: Umfrage 1035 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2022/2023. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Geben Sie bitte nun zu den folgenden Dingen an, ob Ihnen diese sehr große, große Angst, nicht so große oder keine Angst machen.“

Die Angst vor der Verbreitung von falschen Informationen hat seit 2021 leicht zugenommen. Anfang 2021 hatten 16 Prozent sehr große Angst vor der Verbreitung von Desinformation. Dieser Anteil stieg zum Jahreswechsel 2021/22 auf 22 Prozent und zum Jahreswechsel 2022/23 noch einmal auf 25 Prozent. Der Anteil von Menschen mit großer Angst bleibt über den Zeitraum mit 40 bzw. 39 Prozent gleich.

In die Zeit der Umfrage von 2021/22 fällt der Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine am 24. Februar 2022. Allerdings hat dieses Ereignis keinen starken Einfluss auf die Angst vor der Verbreitung von Desinformation. Sehr große Angst haben vor dem Kriegsbeginn 22 Prozent und ab dem Kriegsbeginn (bis zum Ende der Erhebung am 11. April 2022) 20 Prozent. Große Angst haben vor dem Kriegsbeginn 40 Prozent und in den Wochen danach 39 Prozent. Ein unmittelbarer Einfluss des Kriegsausbruchs ist nicht zu erkennen.

Abbildung 3: Angst vor Verbreitung von Desinformation 2021 bis 2023

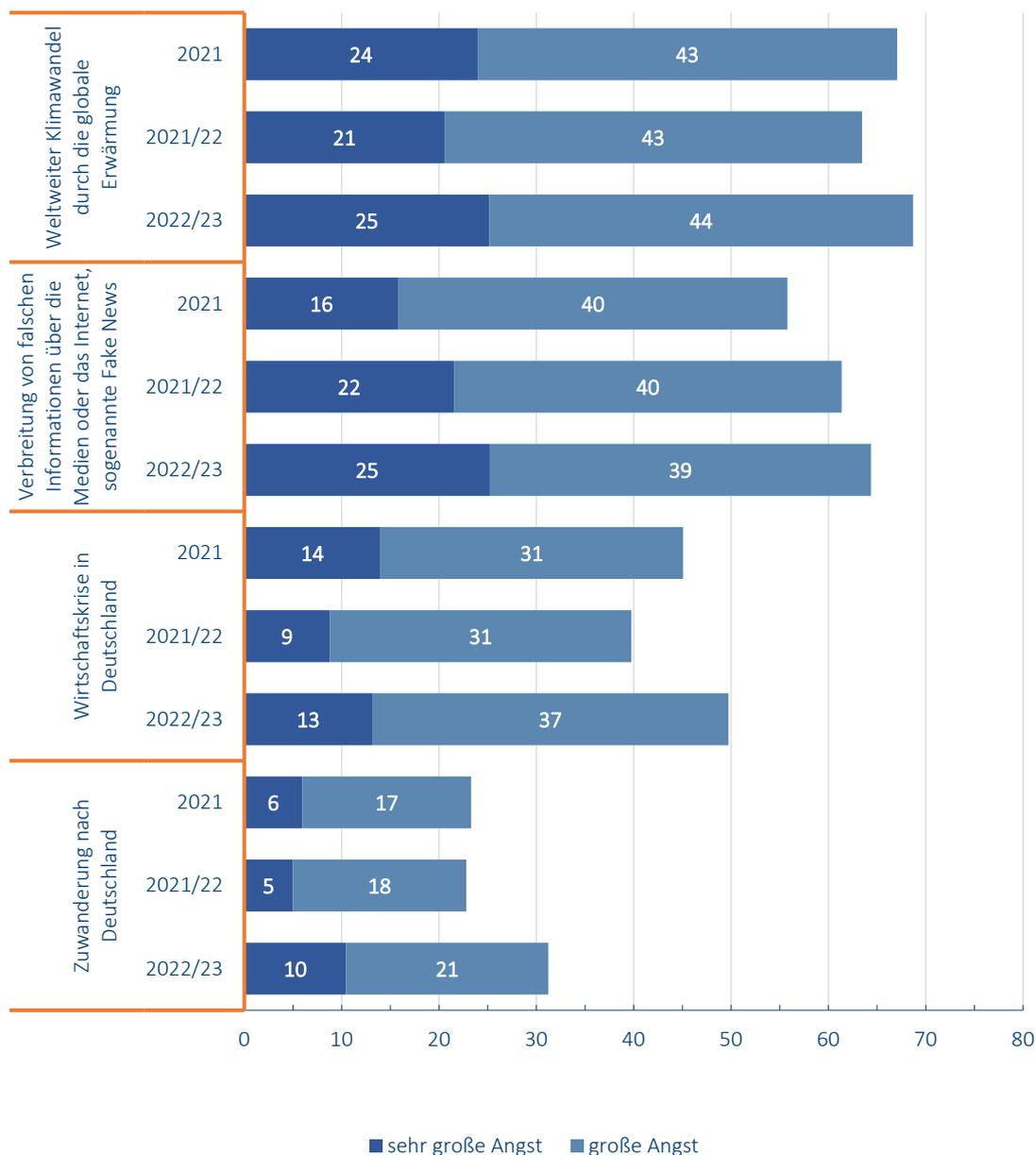


Quelle: 2022/2023: Umfrage 1035 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.; 2021/22: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2021: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Geben Sie bitte nun zu den folgenden Dingen an, ob Ihnen diese sehr große, große Angst, nicht so große oder keine Angst machen: Verbreitung von falschen Informationen über die Medien oder das Internet, sogenannte Fake News“.

Insgesamt sind die Ängste recht stabil. Im Vergleich der Bedrohungen ist die Angst vor den Folgen des Klimawandels von Januar 2021 bis zum Jahreswechsel 2022/23 am stärksten. Zuwanderung ist auf der anderen Seite das Thema, das im Vergleich am wenigsten Ängste hervorruft. In den drei Befragungen sind die angegebenen Ängste am mittleren Messzeitpunkt 2021/22 etwas niedriger als zu Jahresbeginn 2021 und zum Jahreswechsel 2022/23, wobei die Unterschiede gering sind. Allerdings gibt es eine Ausnahme von diesem Muster: Die Ängste vor der Verbreitung von sogenannten Fake News nehmen kontinuierlich etwas zu.

Abbildung 4: Ängste vor Bedrohungen im Zeitverlauf

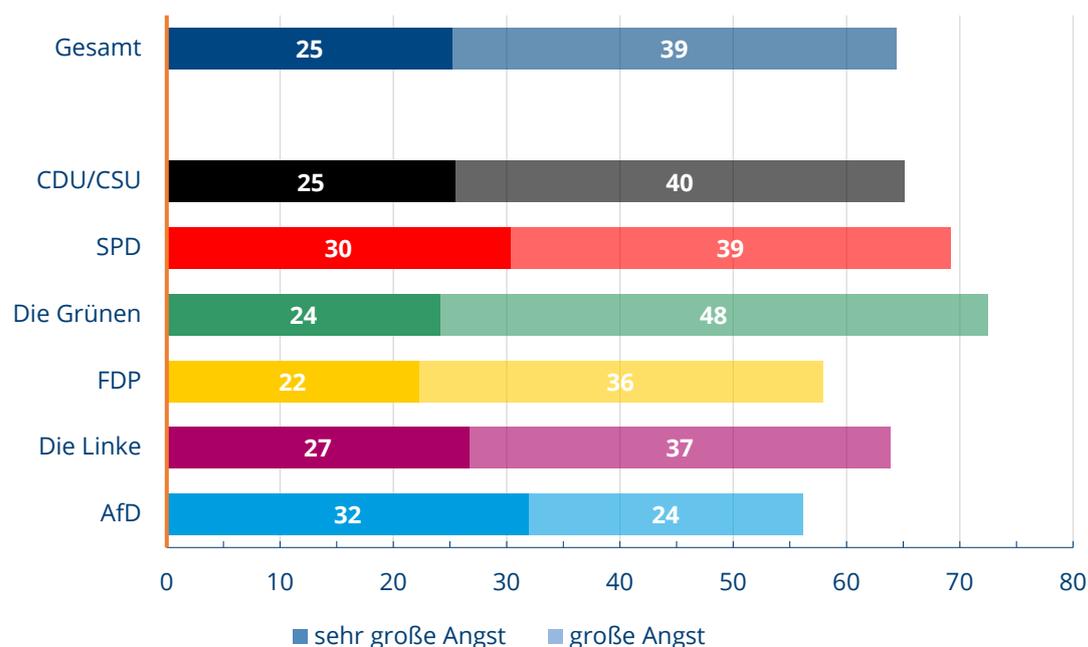


Quelle: 2022/2023: Umfrage 1035 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.; 2021/22: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2021: Umfrage 1027 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Geben Sie bitte nun zu den folgenden Dingen an, ob Ihnen diese sehr große, große Angst, nicht so große oder keine Angst machen.“

Die Angst vor Desinformation ist weitgehend gleich verteilt in der Bevölkerung. Zwischen Ost- und Westdeutschland, Männern und Frauen, Jüngeren und Älteren sowie Menschen mit einem hohen oder niedrigen formalen Bildungsabschluss gibt es nur sehr geringe Unterschiede (ohne Abbildung).

Abbildung 5: Angst vor Verbreitung von Desinformation nach Wahlabsicht



Quelle: Umfrage 1035 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2022/2023. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Geben Sie bitte nun zu den folgenden Dingen an, ob Ihnen diese sehr große, große Angst, nicht so große oder keine Angst machen: Verbreitung von falschen Informationen über die Medien oder das Internet, sogenannte Fake News“ – „Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?“

Die Unterschiede zwischen den Parteianhängerschaften sind ebenfalls nicht sehr groß. Die Anhängerinnen und Anhänger von SPD und Grünen äußern etwas häufiger Ängste als die Anhängerschaften von FDP und AfD, aber in allen Anhängerschaften äußern mehr als die Hälfte sehr große oder große Angst.

Die sehr große bzw. große Angst hat zwischen Januar 2021 und dem Jahreswechsel 2022/23 bei fast allen Parteianhängerschaften zugenommen, genau wie in der Gesamtbevölkerung (ohne Abbildung). Der Anstieg liegt zwischen 7 Prozentpunkten (SPD, Linke) und 12 Prozentpunkten (CDU/CSU, AfD). Eine Ausnahme ist die Anhängerschaft der FDP. Bei ihnen ist die sehr große und große Angst vor der Verbreitung von Desinformation von 60 Prozent auf 58 Prozent leicht zurückgegangen.

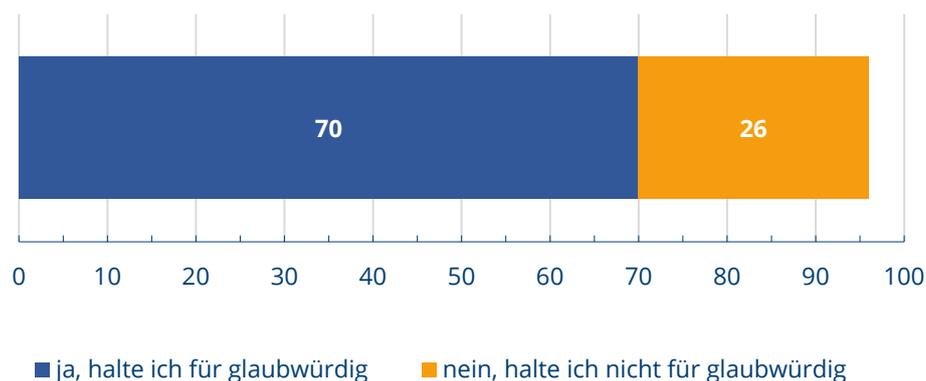
Vertrauen in öffentlich-rechtliche Medien

Die öffentlich-rechtlichen Medien sollen als Teil der Massenmedien informieren, kontrollieren und zur Meinungsbildung beitragen (Strohmeier 2004). Im Zusammenhang mit der Verbreitung von Desinformation steht insbesondere die Informationsfunktion im Fokus. Die öffentlich-rechtlichen Medien stellen breit recherchierte Informationen zu allen (aktuellen) Themen zur Verfügung und bilden somit ein natürliches Gegengewicht zu Falschnachrichten. Die Informationen der öffentlich-rechtlichen Medien sind für alle Personen in Deutschland jederzeit abrufbar.

Andere Quellen lassen sich auf diese Weise mit Informationen in den öffentlich-rechtlichen Medien vergleichen. Somit können offensichtliche Falschnachrichten schnell entlarvt werden. Dies funktioniert allerdings nur dann, wenn die Menschen den öffentlich-rechtlichen Medien vertrauen und die Berichterstattung auf deren Kanälen für glaubwürdig halten (vgl. Wolter 2022). Zwei Umfragen der Konrad-Adenauer-Stiftung gehen mit unterschiedlichen Herangehensweisen der Frage nach, ob die Menschen (politische) Nachrichten in den öffentlich-rechtlichen Medien insgesamt für glaubwürdig halten (Umfrage 1035, 2022/2023) bzw. wie groß das generelle Vertrauen in die öffentlich-rechtlichen Medien ist (Umfrage 1032, 2021/2022).

Um den Jahreswechsel 2022/23 halten 70 Prozent politische Nachrichten in den öffentlich-rechtlichen Medien wie ARD und ZDF alles in allem für glaubwürdig. 26 Prozent sind anderer Ansicht und stufen die politischen Nachrichten als nicht glaubwürdig ein.

Abbildung 6: Einschätzung der Glaubwürdigkeit politischer Nachrichten in den öffentlich-rechtlichen Medien

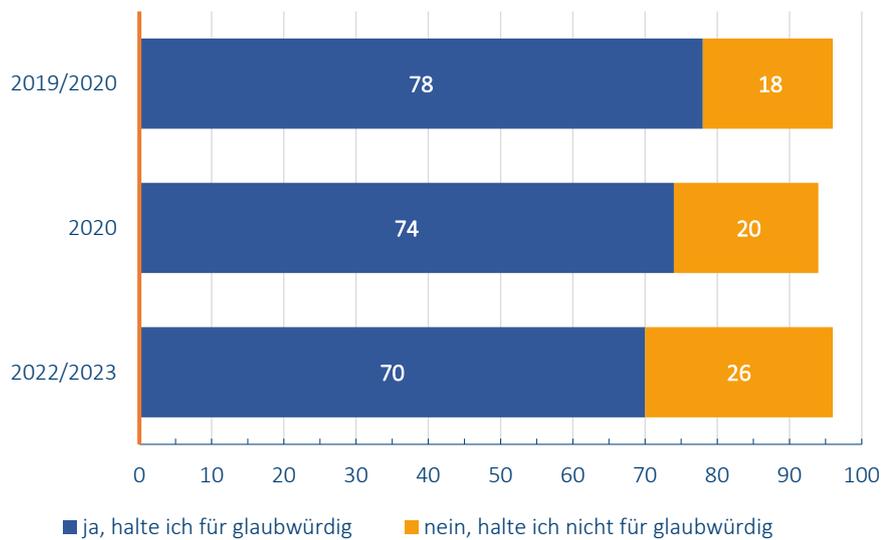


Quelle: Umfrage 1035 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2022/23 Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Halten Sie politische Nachrichten in den öffentlich-rechtlichen Medien wie ARD und ZDF alles in allem für glaubwürdig oder für nicht glaubwürdig?“

Die Skepsis gegenüber politischen Nachrichten in den öffentlich-rechtlichen Medien hat seit 2019/2020 zugenommen, wenngleich immer noch eine deutliche Mehrheit die öffentlich-rechtlichen Medien bei politischen Nachrichten für glaubwürdig hält. Der Anteil von Personen, die politische Nachrichten in den öffentlich-rechtlichen Medien für glaubwürdig halten, ist über einen längeren Zeitraum kontinuierlich zurückgegangen. 2019/2020 waren noch 78 Prozent der Ansicht, die Nachrichten der öffentlich-rechtlichen Medien seien allen in allem glaubwürdig. Im Herbst 2020 hat sich dieser Anteil auf 74 Prozent verringert und 2022/23 sind es nur noch 70 Prozent. Im gleichen Zeitraum hat die Angst vor der Verbreitung von Falschnachrichten leicht zugenommen (vgl. Abbildung 3).

Abbildung 7: Einschätzung der Glaubwürdigkeit politischer Nachrichten in den öffentlich-rechtlichen Medien 2019/20 bis 2022/23

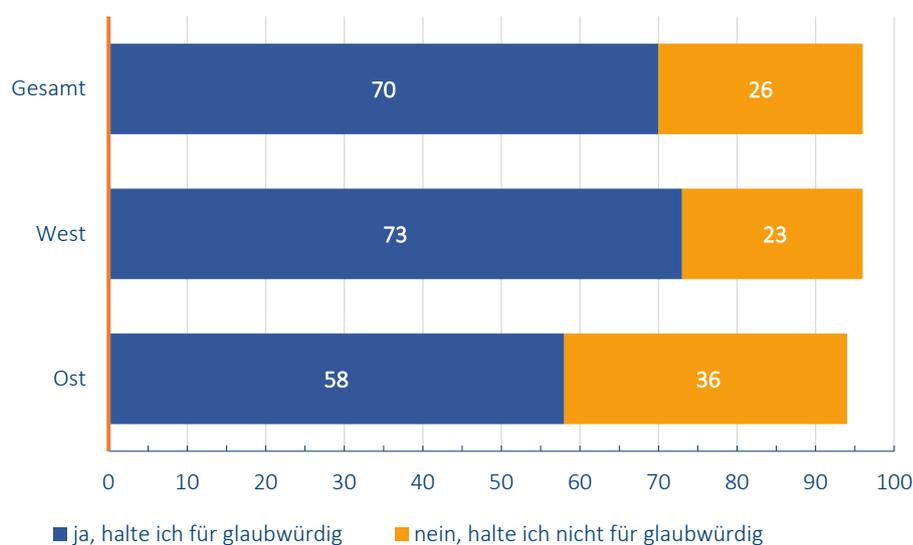


Quelle: 2022/2023: Umfrage 1035 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.; 2020: Umfrage 1022 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2019/2020: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Halten Sie politische Nachrichten in den öffentlich-rechtlichen Medien wie ARD und ZDF alles in allem für glaubwürdig oder für nicht glaubwürdig?“

Deutliche Unterschiede zeigen sich bei der Frage nach der Glaubwürdigkeit der politischen Nachrichten in den öffentlich-rechtlichen Medien zwischen Ost- und Westdeutschen. Während 73 Prozent der Westdeutschen die Nachrichten generell für glaubwürdig halten, trifft dies für Ostdeutschland nur auf 58 Prozent der Befragten zu.

Abbildung 8: Einschätzung der Glaubwürdigkeit politischer Nachrichten in den öffentlich-rechtlichen Medien



Quelle: Umfrage 1035 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2022/2023. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

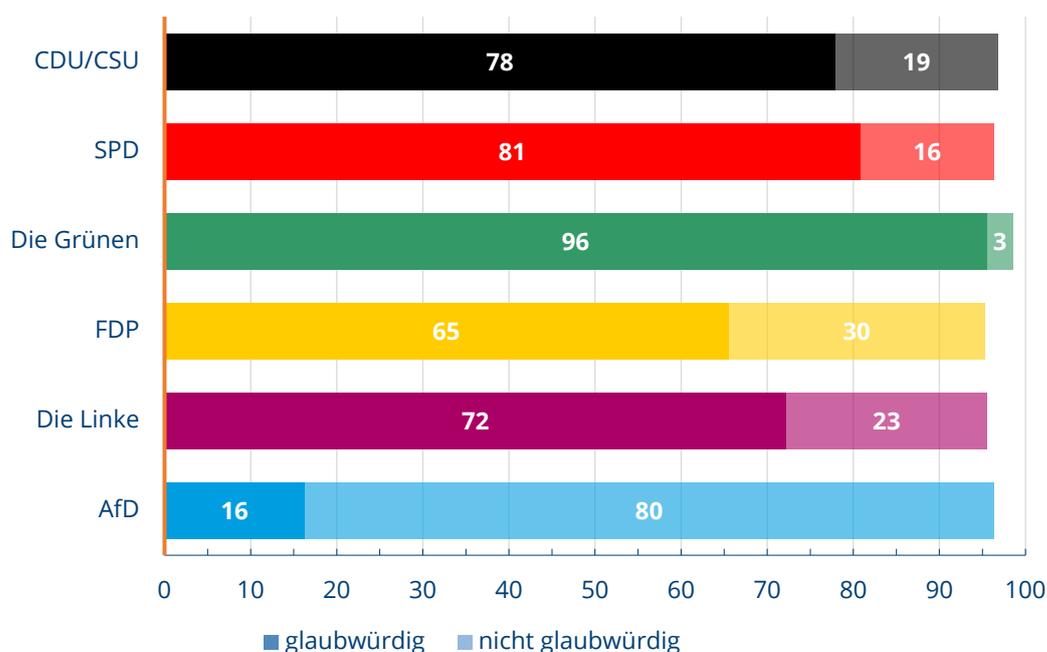
Frage: „Halten Sie politische Nachrichten in den öffentlich-rechtlichen Medien wie ARD und ZDF alles in allem für glaubwürdig oder für nicht glaubwürdig?“

Die Differenz zwischen Ost- und Westdeutschland hat sich bei abnehmenden Werten für Gesamtdeutschland (vgl. Abbildung 7) über die Zeit vergrößert: 2019/2020 betrug die Differenz 4 Prozentpunkte, im Herbst 2020 bereits 11 Prozentpunkte und 2022/23 sind es dann 15 Prozentpunkte. Die Ostdeutschen beurteilen die Glaubwürdigkeit der politischen Nachrichten in den öffentlich-rechtlichen Medien somit (zunehmend) kritischer als die Westdeutschen. Diese Entwicklung begann allerdings vor dem russischen Angriff auf die Ukraine, sodass dieses Ereignis nicht als Auslöser für die verstärkten Wahrnehmungsunterschiede gelten dürfte.

Weitere Unterschiede zeigen sich nach Alter, Geschlecht und formaler Bildung. Die Unterschiede zwischen Männern und Frauen sind gering, dennoch halten Frauen politische Nachrichten in den öffentlich-rechtlichen Medien für etwas glaubwürdiger als Männer. Die Alterseffekte fallen ebenfalls gering aus: Vergleichsweise am höchsten wird die Glaubwürdigkeit von der jüngsten Altersgruppe (16-25 Jahre) bewertet (73 Prozent), am geringsten ist dieser Anteil bei den 46- bis 55-Jährigen (67 Prozent). Mit zunehmendem höheren formalen Bildungsabschluss steigt der Anteil der Befragten, die politische Nachrichten dort für glaubwürdig halten.

Die größten Unterschiede zeigen sich jedoch nach Parteipräferenz, insbesondere zwischen AfD- und Grünen-Anhängerschaften. Eine sehr große Mehrheit der AfD-Anhängerschaft (80 Prozent) hält die politischen Nachrichten auf öffentlich-rechtlichen Kanälen für nicht glaubwürdig. Innerhalb der Grünen-Anhängerschaft halten dagegen 96 Prozent die politischen Nachrichten in den öffentlich-rechtlichen Medien für glaubwürdig. Ebenfalls hoch fällt die Bewertung der Glaubwürdigkeit in der Unions- und SPD-Wählerschaft aus. Vergleichsweise größer ist das Misstrauen bei Linken- und FDP-Anhängerinnen und -Anhängern, allerdings hält auch hier jeweils eine Mehrheit die politischen Nachrichten für glaubwürdig.

Abbildung 9: Einschätzung der Glaubwürdigkeit politischer Nachrichten in den öffentlich-rechtlichen Medien nach Parteipräferenz

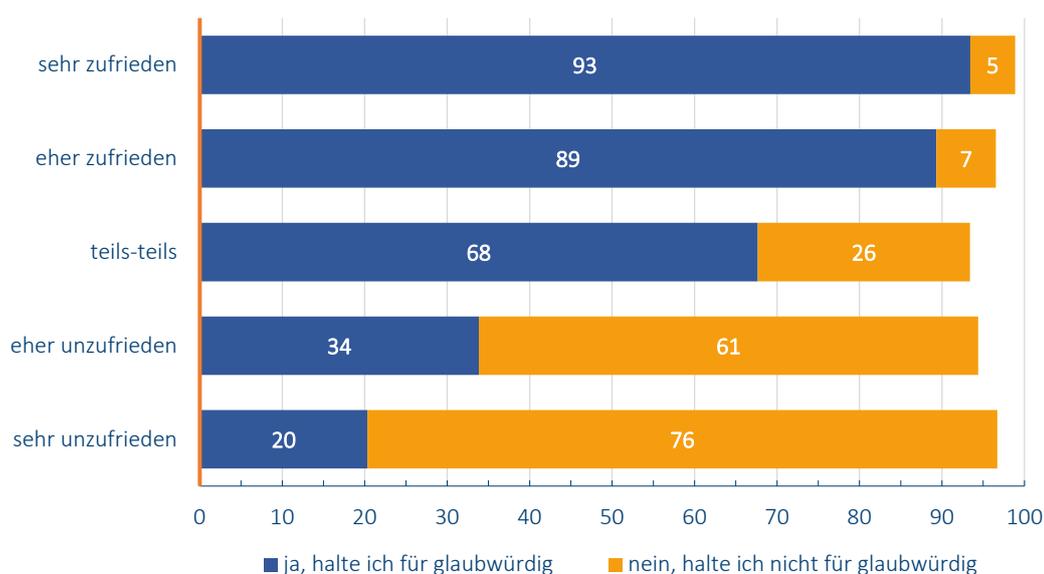


Quelle: Umfrage 1035 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2022/2023. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Halten Sie politische Nachrichten in den öffentlich-rechtlichen Medien wie ARD und ZDF alles in allem für glaubwürdig oder für nicht glaubwürdig?“ – „Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?“

Zudem besteht ein starker Zusammenhang zwischen der Bewertung der Glaubwürdigkeit politischer Nachrichten in den öffentlich-rechtlichen Medien und der Zufriedenheit mit der Demokratie. Befragte, die sehr unzufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie sind, halten die dort erscheinenden politischen Nachrichten zu 76 Prozent für unglaubwürdig, dagegen ist die Gruppe derjenigen, die sehr zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie ist, zu 93 Prozent von der Glaubwürdigkeit der Nachrichten überzeugt.

Abbildung 10: Einschätzung der Glaubwürdigkeit politischer Nachrichten in den öffentlich-rechtlichen Medien nach Demokratiezufriedenheit



Quelle: Umfrage 1035 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2022/2023. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

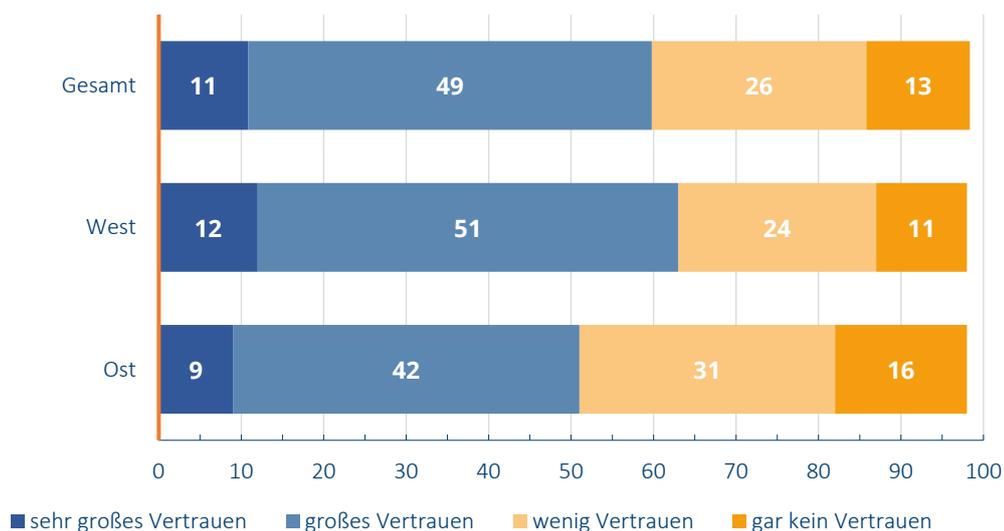
Frage: „Halten Sie politische Nachrichten in den öffentlich-rechtlichen Medien wie ARD und ZDF alles in allem für glaubwürdig oder für nicht glaubwürdig?“ – „Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie - alles in allem - mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht: Sind Sie sehr zufrieden, zufrieden, teils-teils, unzufrieden oder sehr unzufrieden?“

Einen zweiten Eindruck zur Einstellung zu Informationen in den öffentlich-rechtlichen Medien vermittelt die Umfrage vom Jahreswechsel 2021/2022. Hier wurde für eine Reihe von politischen Institutionen und für die öffentlich-rechtlichen Medien erhoben, in welchem Maße die Menschen ihnen vertrauen. Diese Fragestellung misst das Vertrauen in die öffentlich-rechtlichen Medien demnach noch etwas breiter als die Frage nach der Glaubwürdigkeit ihrer politischen Nachrichten.

Eine Mehrheit bringt den öffentlich-rechtlichen Medien viel Vertrauen entgegen. Insgesamt haben 11 Prozent sehr großes und weitere 49 Prozent großes Vertrauen in die öffentlich-rechtlichen Medien. Dabei macht der Zeitpunkt, ob vor oder nach dem russischen Angriff auf die Ukraine, keinen Unterschied in den Ergebnissen. Die Befragten, die vor dem 24. Februar 2022 befragt wurden, antworteten in identischen Anteilen wie die Befragten, die nach dem 24. Februar 2022 befragt wurden.

Befragte aus Ostdeutschland haben ein leicht erhöhtes Misstrauen, dennoch bringt auch hier eine Mehrheit den öffentlich-rechtlichen Medien generell viel Vertrauen entgegen.

Abbildung 11: Vertrauen in die öffentlich-rechtlichen Medien

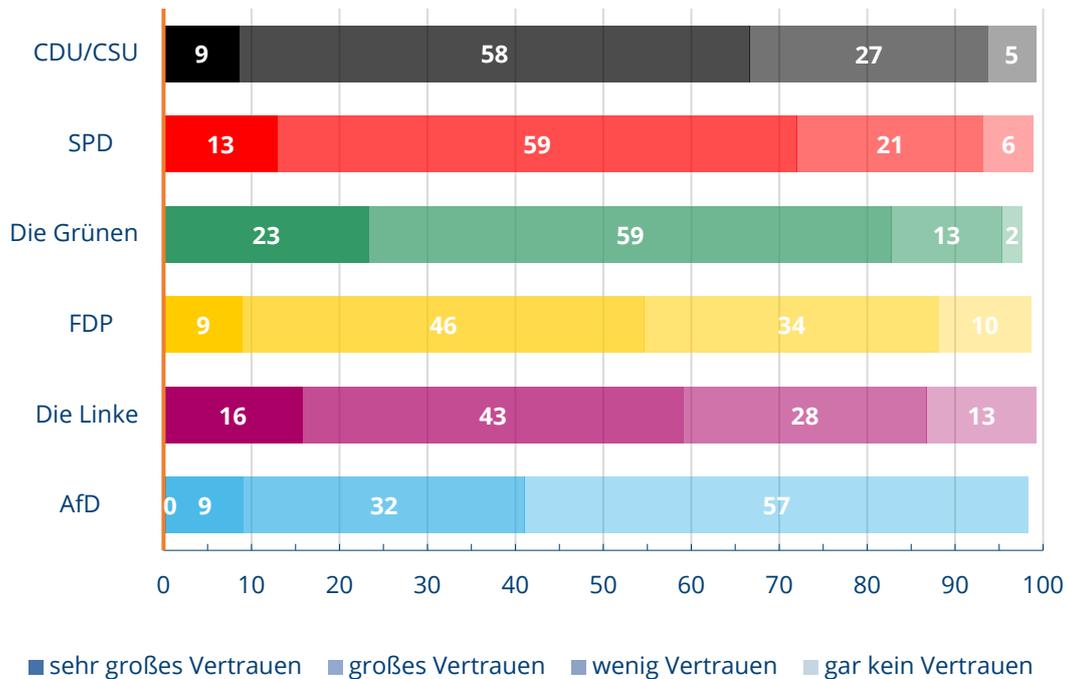


Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2021/2022. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Einrichtungen und Organisationen. Bitte sagen Sie mir für jede, wie viel Vertrauen Sie in sie haben: sehr großes Vertrauen, großes Vertrauen, wenig Vertrauen oder gar kein Vertrauen? Öffentlich-rechtliche Medien wie ARD und ZDF“

Große Unterschiede zeigen sich nach Parteipräferenz, die größten zwischen AfD- und Grünen-Anhängerschaft. Eine Mehrheit der AfD-Anhängerschaft hat gar kein Vertrauen (57 Prozent), dagegen haben 82 Prozent der Grünen-Anhängerschaft zusammengekommen (sehr) großes Vertrauen in die öffentlich-rechtlichen Medien. Ähnlich hoch fällt das Vertrauen in der Unions- und SPD-Wählerschaft aus. Vergleichsweise größer ist das Misstrauen erneut bei Linken- und FDP-Anhängerinnen und -Anhängern, allerdings hat auch hier jeweils eine Mehrheit zusammengekommen (sehr) großes Vertrauen.

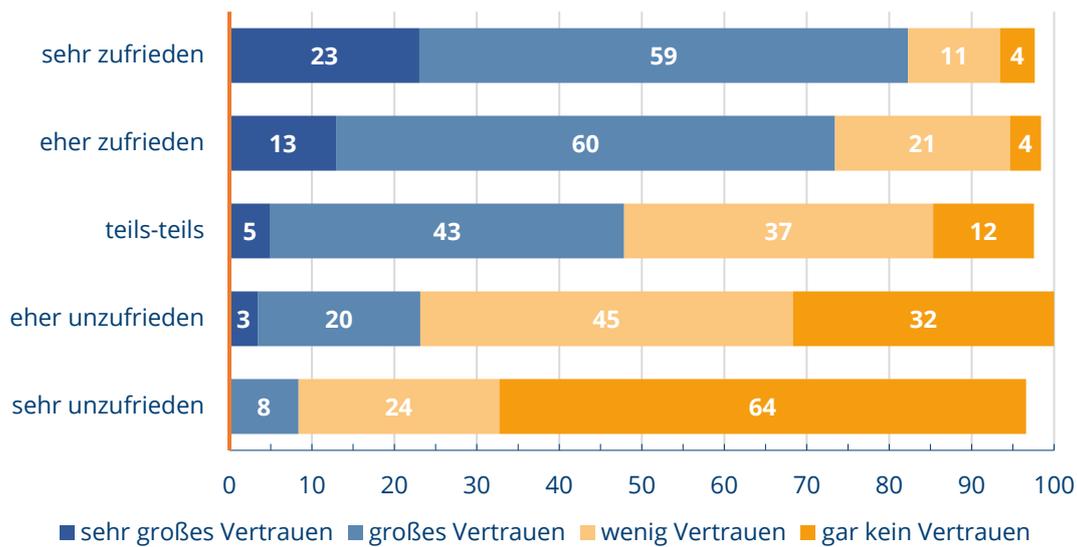
Abbildung 12: Vertrauen in die öffentlich-rechtlichen Medien nach Parteipräferenz.



Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2021/2022. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.
 Frage: „Wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie dann wählen?“ – „Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Einrichtungen und Organisationen. Bitte sagen Sie mir für jede, wie viel Vertrauen Sie in sie haben: sehr großes Vertrauen, großes Vertrauen, wenig Vertrauen oder gar kein Vertrauen? Öffentlich-rechtliche Medien wie ARD und ZDF“

Zwischen dem Vertrauen in die öffentlich-rechtlichen Medien und der Zufriedenheit mit der Demokratie besteht ein starker Zusammenhang. Befragte, die unzufrieden mit der Demokratie sind, misstrauen den öffentlich-rechtlichen Medien stark. In Zahlen drückt sich dieser Zusammenhang so aus: 64 Prozent derjenigen, die mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland alles in allem sehr unzufrieden sind, haben gar kein Vertrauen in die öffentlich-rechtlichen Medien. Weitere 24 Prozent haben wenig Vertrauen. Dagegen vertrauen Personen, die alles in allem sehr zufrieden mit der Demokratie in Deutschland sind, den öffentlich-rechtlichen Medien sehr stark. 23 Prozent haben sehr großes, weitere 59 Prozent dieser Gruppe haben großes Vertrauen. Mit steigender Unzufriedenheit nimmt das Misstrauen zu.

Abbildung 13: Zufriedenheit mit der Demokratie und Vertrauen in die öffentlich-rechtlichen Medien



Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2021/2022. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie - alles in allem - mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht? Sind Sie sehr zufrieden, eher zufrieden, teils/teils, eher unzufrieden oder sehr unzufrieden? - Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Einrichtungen und Organisationen. Bitte sagen Sie mir für jede, wie viel Vertrauen Sie in sie haben: sehr großes Vertrauen, großes Vertrauen, wenig Vertrauen oder gar kein Vertrauen? Öffentlich-rechtliche Medien wie ARD und ZDF“

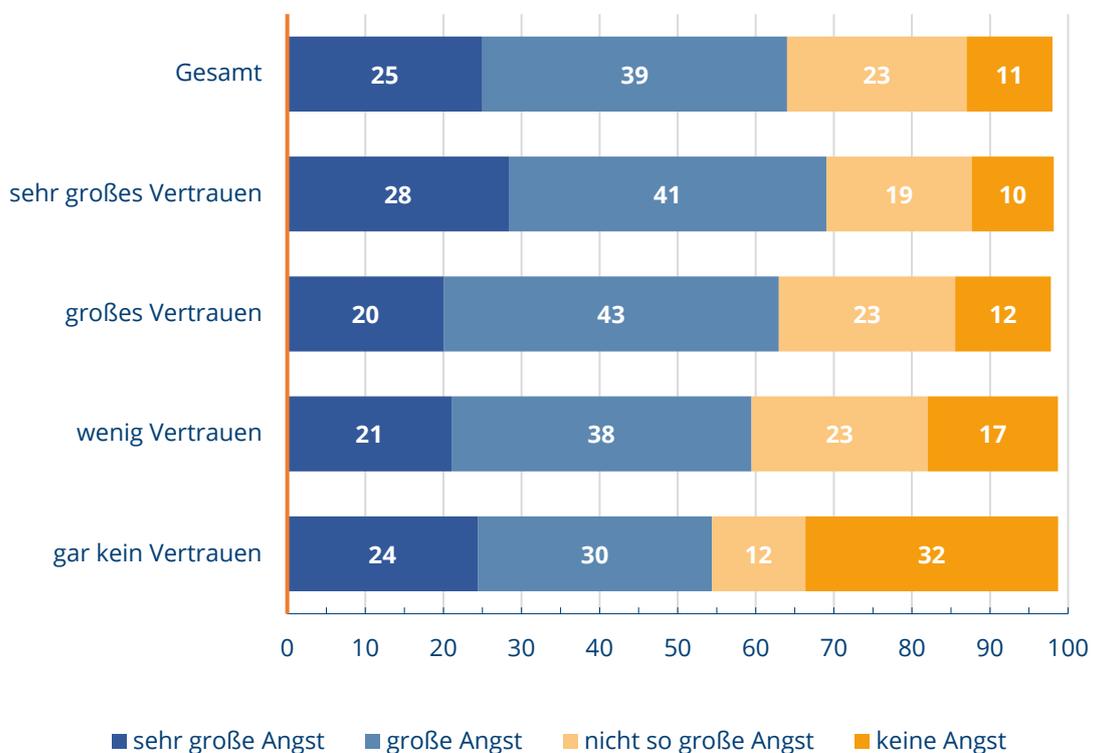
Damit reihen sich die öffentlich-rechtlichen Medien ein in die Bewertung weiterer Institutionen. Auch Bundestag, Bundesregierung oder die Polizei erhalten weniger Vertrauen mit steigender Unzufriedenheit an der Demokratie. Wer also den staatlichen Institutionen und den öffentlich-rechtlichen Medien vertraut, ist auch eher zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie. Wer dagegen den öffentlich-rechtlichen Medien misstraut und die Glaubwürdigkeit ihrer Nachrichten anzweifelt, sieht darin möglicherweise auch ein Problem für den aktuellen Zustand der Demokratie.

Wurzeln der Angst vor der Verbreitung von Desinformation

Vertrauen in öffentlich-rechtliche Medien und Angst vor der Verbreitung von Desinformation sind die unterschiedlichen Seiten derselben Medaille – so ließe sich vermuten. Doch tatsächlich ist es etwas anders. Unabhängig davon, ob die Menschen den öffentlich-rechtlichen Medien sehr großes oder kein Vertrauen entgegenbringen, bei allen hat rund ein Viertel sehr große Angst vor der Verbreitung von Desinformation. Unter allen, die sehr großes Vertrauen in die öffentlich-rechtlichen Medien haben, äußern 28 Prozent sehr große Angst vor der Verbreitung von Desinformation, etwas mehr als in der Gesamtbevölkerung (25 Prozent).

Unter allen, die den öffentlich-rechtlichen Medien überhaupt nicht vertrauen, haben 24 Prozent sehr große Angst vor der Verbreitung von Desinformation, also nur unwesentlich weniger. Dagegen unterscheidet sich allerdings der Anteil von Menschen, die keine Angst vor der Verbreitung von falschen Informationen haben, je nach dem Vertrauen in öffentlich-rechtliche Medien. Bei denen mit sehr hohem Vertrauen ist keine Angst mit 10 Prozent seltener als bei jenen, die gar kein Vertrauen in öffentlich-rechtliche Medien haben, von denen immerhin 32 Prozent keine Angst vor der Verbreitung von Desinformation haben.⁶

Abbildung 14: Angst vor der Verbreitung von Desinformation nach Vertrauen in die öffentlich-rechtlichen Medien



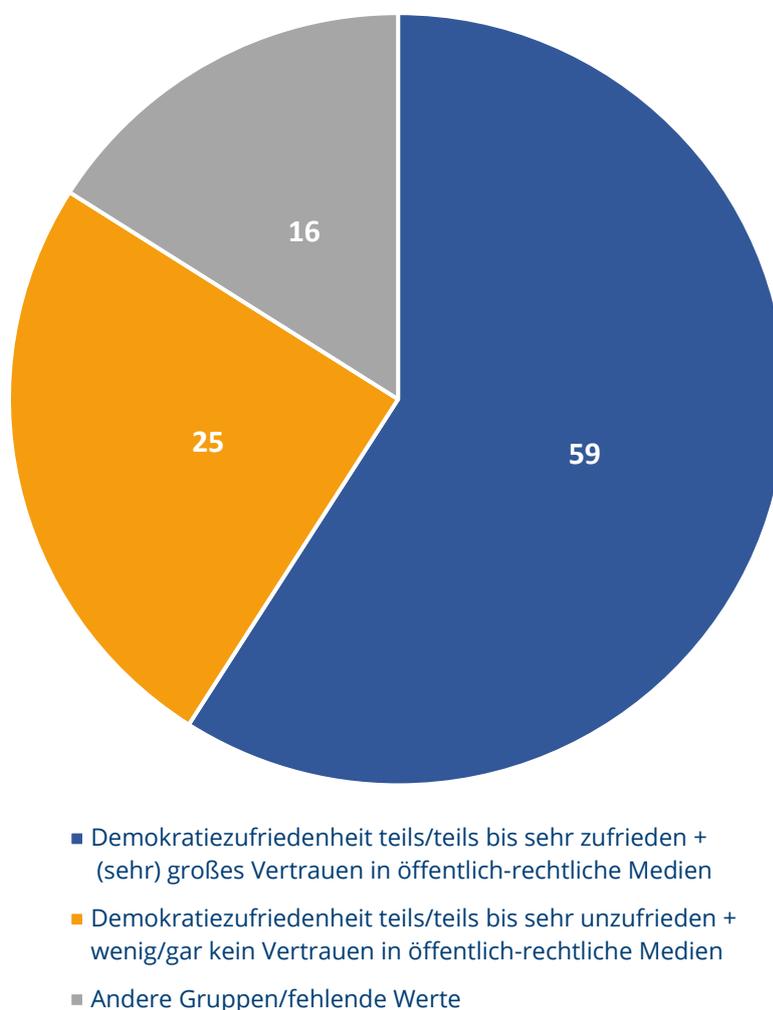
Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2021/2022. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Einrichtungen und Organisationen. Bitte sagen Sie mir für jede, wie viel Vertrauen Sie in sie haben: sehr großes Vertrauen, großes Vertrauen, wenig Vertrauen oder gar kein Vertrauen? Öffentlich-rechtliche Medien wie ARD und ZDF“ - „Geben Sie bitte nun zu den folgenden Dingen an, ob Ihnen diese sehr große, große Angst, nicht so große oder keine Angst machen: Verbreitung von falschen Informationen über die Medien oder das Internet, sogenannte Fake News“

Um den Zusammenhang von Angst vor verbreiteter Desinformation und Vertrauen in öffentlich-rechtliche Medien zu verstehen, hilft ein genauerer Blick auf die Seite der (sehr) großen Angst vor sogenannten Fake News. Diese Gruppe teilt sich in zwei Lager: Auf der einen Seite steht die große Gruppe jener, die mit der Demokratie tendenziell zufrieden oder zumindest nicht unzufrieden sind („sehr zufrieden“, „zufrieden“, „teils-teils“) und gleichzeitig den öffentlich-rechtlichen Medien (sehr) großes Vertrauen entgegenbringen. Sie machen 59 Prozent von allen aus, die große oder sehr große Angst vor der Verbreitung von Desinformation haben. Auf der anderen Seite steht eine kleinere Gruppe, die mit der Demokratie nicht zufrieden ist („teils-teils“, „unzufrieden“, „sehr

unzufrieden“) und den öffentlich-rechtlichen Medien wenig oder gar nicht vertraut. Sie machen 25 Prozent von denen aus, die große oder sehr große Angst vor der Verbreitung von Desinformation haben. Die anderen Kombinationen von Demokratiezufriedenheit und Medienvertrauen kommen bei den Personen mit großer Angst vor der Verbreitung falscher Informationen wenig vor (16 Prozent).⁷

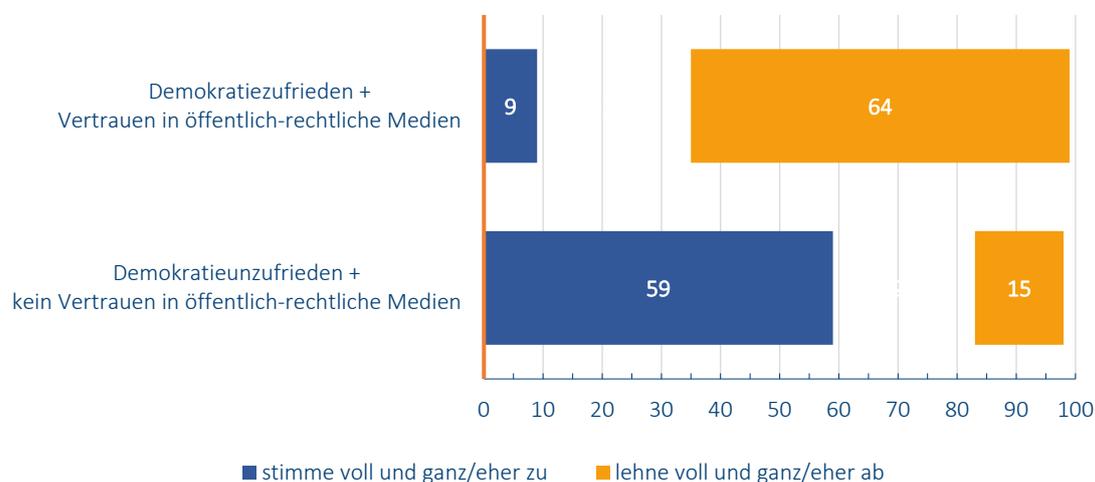
Abbildung 15: Verteilung von Personen mit (sehr) großer Angst vor der Verbreitung von Desinformation nach Demokratiezufriedenheit und Vertrauen in öffentlich-rechtliche Medien



Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2021/2022. Angaben in Prozent. Nur Befragte, die sehr große oder große Angst vor der Verbreitung von falschen Informationen haben. Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Einrichtungen und Organisationen. Bitte sagen Sie mir für jede, wie viel Vertrauen Sie in sie haben: sehr großes Vertrauen, großes Vertrauen, wenig Vertrauen oder gar kein Vertrauen? Öffentlich-rechtliche Medien wie ARD und ZDF“ – „Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie - alles in allem - mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht? Sind Sie sehr zufrieden, eher zufrieden, teils/teils, eher unzufrieden oder sehr unzufrieden?“ – „Geben Sie bitte nun zu den folgenden Dingen an, ob Ihnen diese sehr große, große Angst, nicht so große oder keine Angst machen: Verbreitung von falschen Informationen über die Medien oder das Internet, sogenannte Fake News“

Warum diese in Bezug auf Vertrauen in öffentlich-rechtliche Medien und Demokratiezufriedenheit entgegengesetzten Gruppen bei der Angst vor der Verbreitung von Desinformation zum selben Ergebnis kommen, erklärt die Einschätzung einer Aussage zu Medieninhalten: „Die Medien bringen nur das, was die Herrschenden vorgeben.“ Während die Gruppe mit genereller Demokratiezufriedenheit und einem Vertrauen in die öffentlich-rechtlichen Medien diese Aussage mehrheitlich ablehnt (64 Prozent), stimmt die Gruppe mit genereller Demokratieunzufriedenheit und wenig/keinem Vertrauen in die öffentlich-rechtlichen Medien mehrheitlich zu (59 Prozent).⁸

Abbildung 16: Zustimmung zu der Aussage „Die Medien bringen nur das, was die Herrschenden vorgeben“ innerhalb der Gruppen aus Abbildung 15



Quelle: Umfrage 1032 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2021/2022. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „teils-teils“, „weiß nicht/keine Angabe“. Nur Befragte, die sehr große oder große Angst vor der Verbreitung von falschen Informationen haben.

Frage: „Nun möchte ich Ihnen einige weitere umstrittene Aussagen zu Politik, Staat und Gesellschaft vorstellen, die man manchmal so in Diskussionen hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils nur anhand der vorgegebenen Skala, wie sehr Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen. Sie können jede/r Aussage jeweils voll und ganz ablehnen, eher ablehnen, teils ablehnen und teils zustimmen, eher zustimmen oder voll und ganz zustimmen. Die Medien bringen nur das, was die Herrschenden vorgeben.“

Angst vor der Verbreitung von Desinformation entsteht aus zwei diametral entgegengesetzten Gründen. Auf der einen Seite sind viele Menschen zufrieden mit dem Zustand der Demokratie, vertrauen den öffentlich-rechtlichen Medien, sehen aber eine Gefahr in der Verbreitung von Falschinformationen, beispielsweise über das Internet oder durch gezielte Propaganda in Massenmedien. Für diese Gruppe stellen die öffentlich-rechtlichen Medien einen Schutz gegen Falschinformationen dar. Auf der anderen Seite beurteilt ein kleinerer Teil der Besorgten dagegen die öffentlich-rechtlichen Medien kritisch und sieht in der Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Medien selbst eine absichtliche Verzerrung oder Manipulation, die von den „Mächtigen“ in der abgelehnten Demokratie vorgegeben ist. Für diese Gruppe sind die öffentlich-rechtlichen Medien kein Schutz, sondern vielmehr die Quelle von Desinformation.

Fazit

Viele Menschen treibt die Angst vor der Verbreitung von falschen Informationen um. Seit Anfang 2021 hat diese Angst leicht zugenommen. Auch im Vergleich zu anderen Bedrohungsszenarien gehört die Angst vor der Verbreitung von Desinformation zu den bedeutenderen. Das Thema Desinformation und Falschnachrichten beschäftigt demnach nicht nur das Bundesamt für Verfassungsschutz oder die Medienlandschaft, sondern stellt auch aus Sicht vieler Menschen in Deutschland eine reale Gefahr dar. Dabei gibt es keine bestimmte Personengruppe, die besonders große Angst vor der Verbreitung von Desinformation hat. So finden sich nur (sehr) geringe Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland, Männern und Frauen, Parteianhängerschaften, Jüngeren und Älteren sowie Menschen mit einem hohen oder niedrigen formalen Bildungsabschluss.

Für die öffentlich-rechtlichen Medien birgt Desinformation eine doppelte Gefahr. Einerseits droht die Konkurrenz mit Falschnachrichten oder die versuchte Instrumentalisierung seriöser Quellen für die Verbreitung von Fake News unter falschem Namen. Andererseits kann der Widerspruch zwischen für glaubwürdig gehaltenen Falschinformationen und den Informationen der öffentlich-rechtlichen Medien das Vertrauen in sie schwächen.

Aktuell vertraut eine Mehrheit den öffentlich-rechtlichen Medien in Deutschland und beurteilt ihre politischen Nachrichten als glaubwürdig. Allerdings ist die wahrgenommene Glaubwürdigkeit seit 2019/2020 leicht gesunken, insbesondere in Ostdeutschland. Alters- und Geschlechterunterschiede fallen gering aus. Dagegen gibt es Bildungseffekte und Unterschiede nach Parteianhängerschaft und Demokratiezufriedenheit: Mit zunehmendem höheren formalen Bildungsabschluss steigt der Anteil der Befragten, die politische Nachrichten dort für glaubwürdig halten. Die AfD-Anhängerschaft misstraut den öffentlich-rechtlichen Medien mehrheitlich, während sich in allen anderen Anhängerschaften großes Vertrauen zeigt, insbesondere bei den Grünen-Anhängerinnen und -Anhängern.

Die Gruppe jener, die Angst vor der Verbreitung von Desinformation haben, setzt sich aus zwei gegensätzlichen Untergruppen zusammen. Ein Großteil vertraut den öffentlich-rechtlichen Medien und sieht in der Verbreitung von Falschinformationen, die den Nachrichten der öffentlich-rechtlichen Medien widersprechen, eine Gefahr. Eine kleinere Gruppe sieht es genau andersherum. Sie sehen in den „manipulierten“ öffentlich-rechtlichen Medien selbst eine Quelle von Falschnachrichten.

Literatur

Bundesministerium des Inneren und für Heimat (BMIH), 2022: FAQ. Desinformation im Kontext des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine. https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/topthemen/DE/topthema-desinformation/faq-download.pdf?__blob=publicationFile&v=4 (zuletzt abgerufen am 31.01.2023).

Häder, Sabine/Sand, Mathias, 2019: Telefonstichproben. In: Häder, Sabine/Häder, Michael/Schmich, Patrick (Hrsg.): Telefonumfragen in Deutschland. Wiesbaden: Springer VS, S. 45-80.

Neu, Viola, 2023: Energiemix in Deutschland. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. <https://www.kas.de/de/monitor/detail/-/content/energiemix-in-deutschland> (zuletzt abgerufen am 31.01.2023).

Pokorny, Sabine, 2021: Gemeinsam oder allein? Repräsentative Umfrage zu Einstellungen zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. <https://www.kas.de/de/einzeltitel/-/content/gemeinsam-oder-allein-deutschlands-sicherheit> (zuletzt abgerufen am 31.01.2023).

Roose, Jochen, 2021: Politische Polarisierung in Deutschland. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. <https://www.kas.de/de/einzeltitel/-/content/politische-polarisierung-in-deutschland> (zuletzt abgerufen am 27.01.2023).

Schmid, Tobias, 2021: Meinungsfreiheit stärken – Desinformation abgestuft regulieren. Zum öffentlichen Diskurs im digitalen Raum. In: Auslandsinformationen, Heft 3/2021, S. 16-25. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Strohmeier, Gerd, 2004: Politik und Massenmedien. Eine Einführung. Baden-Baden: Nomos Verlag.

Wolter, Daphne, 2020: Digitaler Faktencheck Desinformation. Informationen und Recherchen April 2020. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. <https://www.kas.de/de/einzeltitel/-/content/digitaler-faktencheck-desinformation> (zuletzt abgerufen am 23.01.2023).

Wolter, Daphne 2022: Desinformation und Hassrede. Das hässliche Gesicht der Meinungsfreiheit. In: Die wehrhaftere Demokratie. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V, S. 52-65. <https://www.kas.de/de/einzeltitel/-/content/wehrhaftere-demokratie> (zuletzt abgerufen am 23.01.2023).

-
- 1 Zur Bedeutung der Begriffe „Desinformation“, „Fake News“ und verwandten Begriffe siehe auch Wolter (2020).
 - 2 In der Studie sind außerdem 16- und 17-Jährige befragt worden. Für die Vergleichbarkeit der verschiedenen Befragungen gehen hier aber nur Personen ab 18 Jahren, also bei einer Bundestagswahl Wahlberechtigte, in die Analyse ein.
 - 3 Die Stichprobe für diese und die beiden weiteren repräsentativen Umfragen wurden nach dem Zufallsprinzip aus den ADM-Auswahlrahmen für Festnetz- und Mobilfunkstichproben gezogen. Eine gezogene Telefonnummer wurde bei Nichterreichen bis zu zehnmals kontaktiert, um auch schwer erreichbare Personen in der Befragung zu berücksichtigen. Siehe Häder und Sand (2019).
 - 4 In der Umfrage wurden insgesamt 5.511 Personen befragt, weil zusätzlich Personen ab 16 bis unter 18 Jahren und Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit befragt wurden. Diese gehen aus Gründen der Vergleichbarkeit aber nicht in diese Untersuchung ein.
 - 5 Ähnliche Vergleichszahlen zur Angst vor dem weltweiten Klimawandel, vor einer Wirtschaftskrise und vor einem kriegerischen Angriff auf Deutschland aus einer weiteren Umfrage aus dem Dezember 2022 finden sich bei Neu (2023). In der Umfrage vom Dezember ist die hier interessierende Angst vor der Verbreitung von Desinformation allerdings nicht enthalten. Unabhängig von verschiedenen abgefragten Bedrohungsszenarien, liegt die Angst vor dem weltweiten Klimawandel in allen abgefragten Kontextversionen jeweils mit ähnlichen Werten auf Platz 1.
 - 6 Das Gleiche gilt für den Zusammenhang von Angst vor der Verbreitung von Desinformation und der Einschätzung der Glaubwürdigkeit von politischen Nachrichten in den öffentlich-rechtlichen Medien (Umfrage 1035 von 2022/23). Jene, die politische Nachrichten in den öffentlich-rechtlichen Medien nicht für glaubwürdig halten, geben etwas häufiger an, keine Angst vor der Verbreitung von Desinformation zu haben, aber sie haben auch etwas häufiger große Angst davor (im Vergleich zu jenen, die politische Nachrichten in den öffentlich-rechtlichen Medien als glaubwürdig einstufen).
 - 7 Sehr ähnliche Gruppengrößen zeigen sich auch bei der Analyse der Umfrage 1035 (2022/2023) der Konrad-Adenauer-Stiftung, allerdings mit der bekannten Variable der Glaubwürdigkeit politischer Nachrichten in den öffentlich-rechtlichen Medien anstelle des Vertrauens. Hier teilen sich die relevanten Gruppen nach demselben Muster in Größen von 65 Prozent und 22 Prozent.
 - 8 Bezieht man nur diejenigen mit ein, die entweder sehr großes oder kein Vertrauen in die öffentlich-rechtlichen Medien haben und entweder (sehr) zufrieden oder unzufrieden mit der Demokratie sind, so liegt die Zustimmung analog zu Abbildung 16 bei Gruppe 1 bei 1 Prozent und bei Gruppe 2 bei 84 Prozent. Die Kontraste verschärfen sich demnach in plausibler Weise bei einer strikteren Grenzwertziehung.

Impressum

Die Autoren

Dominik Hirndorf (M.A., M.Sc.) studierte Staats-, Politik- und Verwaltungswissenschaften an den Universitäten Passau, Konstanz und Göteborg. Anschließend war er am Varieties of Democracy (V-Dem) Institute an der Universität Göteborg tätig. Seit Juni 2020 ist er Referent für Wahl- und Sozialforschung in der Hauptabteilung Analyse und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Berlin.

PD Dr. Jochen Roose studierte, promovierte und habilitierte in Soziologie. Als Professor war er an der Universität Hamburg, der FU Berlin und der Universität Wrocław (Breslau) beschäftigt, bevor er 2018 in die Hauptabteilung Politik und Beratung zur Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Berlin, wechselte. Seit Januar 2020 arbeitet er als Referent in der Wahl- und Sozialforschung für die Hauptabteilung Analyse und Beratung.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2023, Berlin

Dominik Hirndorf

PD Dr. Jochen Roose

Abteilung Wahl- und Sozialforschung
Hauptabteilung Analyse und Beratung

dominik.hirndorf@kas.de

jochen.roose@kas.de

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Gestaltung: yellow too, Pasiak Horntrich GbR
Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).